



Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bezirk Bremen-
Nordniedersachsen

PRESSEINFORMATION

Presseinformation

ver.di kritisiert Bremer Grüne: Der öffentliche Dienst krankt an Personalmangel und nicht an der Mitbestimmung

Bremen: Mit Unverständnis reagiert die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf den erneuten Vorstoß der Bremer Grünen zur Einschränkung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst. Dies sei ein durchsichtiger Versuch, einen Sündenbock für die durch Personalabbau entstandenen Probleme bei vielen öffentlichen Dienstleistungen zu suchen.

„Die Probleme im bremischen öffentlichen Dienst resultieren aus dem Personalmangel und nicht in Verbindung mit der Mitbestimmung“, so Gewerkschaftssekretär Ingo Tebje, „im Zusammenhang mit der Elterngeldstelle hat es kein einziges strittiges Mitbestimmungsverfahren gegeben.“

„Beim Stadtamt konnten alle Differenzen in der Einigungsstelle ausgeräumt werden. Das unterstreicht, dass der Einigungszwang, der im Personalvertretungsgesetz festgeschrieben ist, funktioniert“, ergänzt Doris Hülsmeier, Vorsitzende des Gesamtpersonalrats.

Gleichberechtigte Mitbestimmung ist durch Volksabstimmung seit 1947 in der Bremischen Landesverfassung verankert und sichert demokratische Strukturen in Betrieben und Verwaltungen. „Angesichts der weltweiten Entwicklungen zum Abbau demokratischer Strukturen und Rechte ist es bedenklich, dass ein Vorstoß zur Einschränkung demokratischer Beteiligungsrechte in den Verwaltungen und Betrieben ausgerechnet von der ehemaligen Bürgerrechtspartei Die Grünen kommt.“ warnt Gewerkschaftssekretär Ingo Tebje.

Bei Rückfragen:

Ingo Tebje
ver.di Fachbereich Gemeinden
mobil: 0160 7012390

v.i.S.d.P:
Kornelia Knieper
Pressesprecherin
ver.di Bezirk Bremen-
Nordniedersachsen
Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen
Tel: 0421 3301 154
kornelia.knieper@verdi.de
www.verdi-bremen.de